



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

225 (26.5.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191489](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191489)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. 2.00 M. (für Spiegeltisch u. Anzeigen-
platz 2.00 M.). Weltweit wöchentlich 20 Pf. — oder Postkarte 1.00 M. — oder 100 Pf. —
Vierteljährlich 6.00 M. — oder 600 Pf. — oder 600 Pf. —
Halbjährlich 11.00 M. — oder 1100 Pf. — oder 1100 Pf. —
Jahrespreis 20.00 M. — oder 2000 Pf. — oder 2000 Pf. —
Anzeigenpreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. 1.00 M. (für Spiegeltisch u. Anzeigen-
platz 1.00 M.). Weltweit wöchentlich 10 Pf. — oder Postkarte 0.50 M. — oder 50 Pf. —
Vierteljährlich 3.00 M. — oder 300 Pf. — oder 300 Pf. —
Halbjährlich 5.50 M. — oder 550 Pf. — oder 550 Pf. —
Jahrespreis 10.00 M. — oder 1000 Pf. — oder 1000 Pf. —

Badische Neueste Nachrichten

Regelungspreis: Bei jederzeitigen Abbruch 1/2 Spalt. Preisverträge 1.00 M., außer 1.00 M. (Erlöse-
gef. u. Gem.-Kz. 20%). Nachl. Zeit. 50 Pf. (Anzahlmehrfach für d. Mittw. u. Sonn- u. Feiertag).
Nachl. 2/3. Bei Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Rubriken wird keine Ermäßigung
übernommen. Für Anzeigen in d. Verzeichnissen, Matrimonialanzeigen u. dergleichen zu seinen
Erlös-Verhältnissen für Anzeigen ab. Schlußfrist: 10 Tage vor d. Erscheinen von Manneim.

Kräftigung der Landwirtschaft.

Von Wilhelm Dusch, Mitglied der Nationalversammlung.

Der Abgeordnete Dusch zählt zu den bekanntesten Abgeordneten der Deutschen Volkspartei. Er hat stets ebenso unerschrocken wie sachkundig die für die Gesamtheit unendlich bedeutungsvollen Interessen der Landwirtschaft im Parlament vertreten. Im nachfolgenden Artikel beleuchtet er im Hinblick auf die kommenden Wahlen die fehlerhafte, landwirtschaftsfeindliche Regierungspolitik und auf der andern Seite die Ziele, die sich die Deutsche Volkspartei zur Erhaltung und Kräftigung einer produktionsfähigen deutschen Landwirtschaft gestellt hat.

Von Tag zu Tag zeigt sich mehr, daß die Mehrheitsregierung, vor allen Dingen die Sozialdemokratie, seit dem Tage der Revolution nicht in der Lage war, das wirtschaftliche und politische Leben im Deutschen Vaterlande wieder, wenn auch nur langsam, aufzurichten. Auch die Ernährungsverhältnisse sind immer kritischer geworden. Die Produktion landwirtschaftlicher Produkte hat das ernsthafte Bestreben, die Produktion eines Sieders und Bessers unserer Volksernährung zu geben, soweit es ihr irgend möglich ist, sie muß aber verlangen, in diesem im Interesse gerade der Verbraucher notwendigen Bestreben volles Verständnis in Regierungskreisen und im Parlament zu finden. Sie muß verlangen, auch im Neuen Deutschen Reichstag stärker als in der Nationalversammlung vertreten zu sein. Es geht nicht länger an, daß im Reichsparlament bei mehr als 400 Abgeordneten nur etwa 30 Landwirte sitzen, während mehr als 20 000 000 der Einwohner Deutschlands sich mit diesem gerade in der Gegenwart wohl allerwichtigsten Berufe beschäftigen. Die schönste Verfassung und die besten sonstigen Gesetze würden wenig nützen, wenn es nicht endlich uns möglich ist, das Deutsche Volk satt zu machen.

Wie verkehrt manchmal gehandelt wird, geht unter anderem daraus hervor, daß in einer Zeit, wo in Deutschland besonders viele Kinder so außerordentlich unter der Unterernährung leiden, große Mengen wichtiger Nahrungsmittel für das Ausland durch die Regierung freigegeben werden. So bietet eine Firma Morgenroth in Berlin in den letzten Tagen 80 Tonnen Malzextrakt, die von der Deutschen Behörde freigegeben sind, „nur für den Export“, nicht für das Inland, an. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser für das Ausland von der Regierung freigegebene Malzextrakt zunächst seinen Weg aus Deutschland nach der Schweiz nimmt und dann wieder deutschen Händlerfirmen angeboten und allerdings zu gewaltig gestiegenen Preisen dann wieder in Deutschland abgesetzt wird.

Es ist tief bedauerlich, daß man nicht nur von Seiten mancher linksstehender Abgeordneter, sondern auch von Seiten einzelner Minister das Bestreben der Landwirtschaft, die Ernährungsverhältnisse der Verbraucher nach Kräften zu verbessern, nicht versteht oder nicht verstehen will. Es ist auch tief bedauerlich, daß man das Vertrauensverhältnis, das bislang in den meisten Bezirken Deutschlands nicht zum wenigsten in bäuerlichen Kreisen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestand, durch Verhinderung der Landarbeit zu zerstören sucht. Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehören zusammen. Der Arm ist nicht ohne Kopf oder der Kopf kann nichts leisten ohne Arme. Der Arbeitgeber ist nicht, wie Marx lehrt, ohne weiteres Ausbeuter des Arbeiters. Es ist auch verkehrt, wenn der Schmelzer dem Arbeiter ins Ohr flüstert: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“. Denn nicht der Stillstand der Räder schafft dem Arbeiter Brot und Verdienstmöglichkeit, sondern der Rhythmus, der durch die Intelligenz der Unternehmer und die Arbeitsleistung der Arbeitnehmer sich gleichmäßig drehenden Räder. Ganz besonders eng verbunden sind die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft und deshalb, weil hier wohl jeder Arbeiter auch Unternehmer, das heißt, auch selbst Landwirt, wenn auch nur im Kleinen ist. Ein Streik in der Landwirtschaft würde unvorstellbare Folgen nach sich ziehen u. es ist nur gut, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber und wohl auch fast überall die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer dem Ruf der Regierung und der demokratischen Parteileitung zum Generalstreik in den Märztagen nicht nachgegeben sind. Wenn bei der vorjährigen Ernte in einzelnen Provinzen der Erntearbeiterstreik drohte, so konnte aufzusammeln begann, so weiß man es jetzt, daß seitende Stellen der Regierung durch verkehrte Maßnahmen nicht ganz schuldlos hierbei waren. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat sich bemüht, alten Nationalliberalen Traditionen folgend, die Landwirtschaft in der Nationalversammlung nach Kräften zu vertreten und bin ich dankbar dafür allen Mitgliedern derselben, daß ich die landwirtschaftlichen Fragen so behandeln konnte, wie ich sie in allen meinen Reden, in der Nationalversammlung und bei meiner Tätigkeit in den wichtigsten Ausschüssen derselben behandelt habe. Ich freue mich besonders, daß in den einzelnen Wahlkreisen tüchtige Landwirte an hervorragender Stelle auf den Wahlvorschlag gebracht sind, so daß die Fraktion bei dem Zusammenritt im Ersten Deutschen Reichstag eine Anzahl führender Landwirte aufweisen wird.

Ich freue mich weiter, daß es auch meinen Anregungen zu verdanken ist, daß endlich im Reichswirtschaftsministerium oder vielmehr jetzt im Ernährungsministerium ein Ausschuss der Deuteren zusammentritt, um an Hand der Steigerung der Produktionskosten angemessene Preise für die noch zwangsbewirtschafteten landwirtschaftlichen Produkte festzusetzen. Diese Besprechungen werden, weil sie stattfinden zwischen Landwirten und Verbrauchern hinsichtlich auch dazu beitragen, Landwirte und Nichtlandwirte, Städte und Land einander näher zu führen.

Den Abbau der Zwangswirtschaft erstreben wir hauptsächlich auch im Interesse der Verbraucher, so weit und so schnell als die Interessen der Verbraucher dies zulassen oder fordern. Hierbei geht man mit Recht immer mehr dazu über, bei den Verhandlungen auch Vertreter der Verbraucher

heranzuziehen. Ich will nur daran erinnern, daß erst vor kurzer Zeit zwischen Vertretern des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, der Genossenschaftsverbände und des Kartoffel-Großhandels einerseits und dem Deutschen Städtetag andererseits der Entwurf einer Verordnung über die Bewirtschaftung der Herbst-Kartoffelernte 1920 vereinbart ist, der hauptsächlich darin besteht, von den Kartoffelerzeugern eine je nach der Betriebsgröße veränderliche Umlage an Kartoffeln zu erheben, während der der die Umlagepflicht überleitende Rest der Kartoffelernte unter bestimmten Bedingungen zur freien Verfügung des Kartoffelbauers stehen soll. Es wird vor allen Dingen nötig sein, möglichst schnell und bald Fleisch und zwar auch in lebendem Vieh einzuführen, schon um Häute mitzubekommen. Nur dann sind wir in der Lage, den stark begüterten deutschen Viehstand wieder auszufüllen, allerdings aber auch nur unter der Voraussetzung, daß die Regierung sich endlich dazu entschließt, Futtermittel, wenn auch zu teuren Preisen, aus dem Auslande der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die Hebung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion ist erforderlich, um uns unabhängig vom Auslande zu machen. Es geht auch nicht an, auf die Dauer, daß aus dem Auslande zu Phantasiopreisen eingeführte Lebensmittel durch Reichsmittel ersetzt werden.

Wenn die Fraktion der Deutschen Volkspartei trotz ihrer Stellung in der Opposition auf allen Gebieten in der Nationalversammlung erhebliche Erfolge erzielt hat, so kann sie mit Recht auch darauf hinweisen, daß sie auch die Landwirtschaft deren hohen Bedeutung entsprechend, gebührend vertreten hat, und auch hierbei große Erfolge hatte. Sie wird auch im ersten Deutschen Reichstag in der aus den Wahlen sicherlich bedeutend verstärkten Fraktion in gleicher Weise verfahren, da sie es weiß, daß sie bei gerechter Fürsorge für die Landwirtschaft nicht nur dieser selbst dient, sondern daß sie durch Förderung der Produktion besonders auch die Interessen der Verbraucher in Stadt und Land fördert, indem sie die Ernährung dieser Kreise verbessert und sicherstellt.

Die Putschgefahr.

Berlin, 26. Mai. (Von unfr. Berl. Büro.) Ueber die besorgniserregenden Putsche in Mitteldeutschland liegen aus Halle von zuständiger Seite beruhigende Nachrichten vor. Eine akute Gefahr sei nicht vorhanden. — Die Lage in Pommern wird uns als unverändert bezeichnet.

Es sind hier gestern bereits in Telegrammen die Mitteilungen des „Vorwärts“ über die neuen Putschgefahren erwähnt worden. Zum Verständnis oder obigen Depesche müssen sie ausführlicher wiedergegeben werden. Der „Vorwärts“ stützt sich, wie er sagt, auf eine besonders informierte Seite. Er verweist auf die Werbetätigkeit des „Frontbundes“ und der eigentlich zur Auflösung bestimmten Freikorps, denen Fonds aus privaten Mitteln zur Verfügung ständen und deren Verkauf in Paderborn auf monatlich 2000 Mann zu schätzen sei. Als Geldgeber wird vom „Vorwärts“ insbesondere der Pommersche Landbund genannt. Die Reorganisations sollen eine Tageslohnung von 19 Mark erhalten. Weiter fährt der „Vorwärts“ fort:

Was nun die Taktik des geplanten Vorgehens anbelangt, so geht man es diesmal ganz anders zu machen, als am 13. März. Man setzt keine Hoffnung auf das baldige Ausbrechen kommunistischer Aufstände in Mitteldeutschland unmittelbar im Anschluß an die Wahlen. Seiner wegen Anzeichen vor, monach das Eintreten dieser Spekulation nicht als unwahrscheinlich bezeichnet werden kann. Für den Fall, daß die Kommunisten sich als „Schlapp“ erweisen sollten, bereiten verleierte Freikorps-Offiziere das mitteldeutsche Industriegebiet, um der Sache etwas nachzuhelfen. Bricht nun der erwartete und erhoffte kommunistische Aufstand aus, so sollen Reichswehr und Freikorps sich möglichst passiv verhalten und eine Art Militärstrafkolonnen, um den Putsch möglichst an Ausdehnung zu hindern, zu lassen. Die Bevölkerung und die Regierung sollen erst eine Zeitlang im rauen Terror „schmoren“. Mittlerweile wollen die Rechtskonservativen das Chaos in Mitteldeutschland vollenden. Unter Hinweis auf den Bolschewismus sollen die in Westfalen massierten Freikorps die Kohlenzufuhr abschneiden, während man gleichzeitig mit Hilfe der auf den ostelbischen Gütern einlogierten Freischärer die Lebensmittelzufuhr unterbinden will. Erst dann, wenn hierdurch Hungersnot und Arbeitslosigkeit auf den Gipfel getrieben sind, sollen die Truppen als „Retter in der Not“ erscheinen, den Bolschewismus niederzuschlagen, um nunmehr als Sieger selber eine neue Regierung einzusetzen.

Wir haben schon gestern gesagt, es müsse genau untersucht werden, wieweit bei diesen Mitteilungen Bohman u. d. v. in Frage kommen.

Holz wird von der Holzschlosserei nicht ausgeliefert.

Dresden, 26. Mai. (Wein-Zel.) Der Justizminister der Tschechoslowakei hat Polizeireisenden gegenüber erklärt, daß Holz, das in der Stellung sich befindet, untergebracht ist, nicht an die tschechische Regierung ausgeliefert wird. Der Minister hat sich damit begründet, daß die Tat des Holz ein politischer Akt sei und daß die deutsche Regierung Kapp, Lüttich und Ehrhardt ins Ausland hat entkommen lassen. Holz verhängt zuerst wegen Verhinderung, die er sich auf seiner Flucht durch Bohman hat zu schulden kommen lassen, eine kurze Freiheitsstrafe.

Zur Erschießung Vassches.

Berlin, 26. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) Ueber die Erschießung des Kapitänleutnants Vassche liegt noch immer kein zusammenhängender amtlicher Bericht vor. Er dürfte jedoch im Laufe des heutigen Tages der Öffentlichkeit übergeben werden. Das Reichswahrministerium hat dringend Bericht eingefordert und hat folgende zwei Fragen gestellt: „Unter Berufung auf welche Tatsache hat die Zivilstelle die Truppen angefordert? Wer hat bei der Aktion die tatsächliche Führung geführt?“

Wien, 26. Mai. (Wein-Zel.) Der Kaiser Dr. A. Fried veranlaßt in der „Arbeiterzeitung“ eine Stelle aus einem an die „Friedensworte“ geschickten und noch nicht veröffentlichten Artikel des Kapitänleutnants Vassche. Es heißt darin: „Der Dr. F. (den Namen will ich vorläufig nicht nennen) hat jetzt den Chevalier, als Vassich zu grüßen und zu wirken. Ich, der mittlere Vassich, bin, denke ich, unbedeutend sein. Er diktiert mir deshalb die Selbstenennung, die denen angeordnet wird, die man heute „Vassich“ zu grüßen soll, und droht, mich, wenn ich mich nicht zurückziehe, durch Hinweis auf das, was ich wegen meiner politischen Selbstenennung in „großer Zeit“ auf mich nehmen möchte, unerschütterlich zu machen.“

Die Konferenz in Spa.

Hinausschiebung der Konferenz über den 21. Juni.

Berlin, 26. Mai. (Von unfr. Berl. Büro.) Wie die B.Z. hört, rechnet man auch in hiesigen diplomatischen Kreisen der Entente in der Tat mit einer Hinausschiebung der Konferenz von Spa über den 21. Juni. Es sind bereits zwischen den alliierten Regierungen Besprechungen darüber eingeleitet.

Die Entschädigungsfrage.

Paris, 26. Mai. (W.B.) Alfred Capus hatte eine Unterredung mit Clemenceau, über die er im „Gaulois“ berichtet. Clemenceau sagte hierbei: Die Diskussion über die von Deutschland zu zahlende Entschädigung habe während der Verhandlungen der Friedenskonferenz drei Wochen gedauert. Die englischen und amerikanischen Sachverständigen seien immer für eine Pauschalsumme gewesen. England und Amerika hätten den Betrag, den Deutschland zu zahlen fähig sei, auf 75 Millionen Goldmark beziffert. Frankreich hätte für seinen Anteil die Kampagne wieder aufbauen sollen. Er sei dagegen gewesen. Schließlich habe man sich auf die Lösung des Vertrages von Versailles geeinigt, nämlich auf ein System, das Capus unter Zustimmung Clemenceaus das „System des offenen Contos“ nenne, in dem der Wiedergutmachungsausschuss als ständiger Kontrollorganismus eine Rolle spiele. Darin sei er (Clemenceau) mit Poincaré einig gewesen, und er fände es begrifflich, daß Poincaré sein Amt als Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses niedergelegt habe.

Die Abtretung Nordschleswigs.

Kopenhagen, 26. Mai. (W. B.) Das Organ des früheren Ministers für Schleswig, Hansen, die Zeitung „Hjemdal“, schreibt: Morgen wird die Botschafterkonferenz in Paris wieder eine Sitzung abhalten. Zur Beratung steht der Vertrag über die Abtretung Nordschleswigs. Wie verhandelt, handelt es sich dabei um einen dreiseitigen Vertrag, der von Dänemark, Deutschland und der Entente unterzeichnet wird. Die Botschafterkonferenz scheint sich in seine Verhandlungen über die Internationalisierung der zweiten Zone einlassen zu wollen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen.

Berlin, 26. Mai. (Von unfr. Berl. Büro.) Die deutschen Wirtschaftsbesprechungen unter Führung des Direktors der V. G. W. Geh. Rat Deutsch, die sich am 17. Mai zu den Verhandlungen mit den französischen Industriellen nach Paris begaben hatten, sind an den Freitag abends nach Deutschland zurückgekehrt. Die Verhandlungen trugen lediglich den Charakter von Vorbesprechungen, einer Fühlungsnahme und laufigen Orientierung. Die Besprechungen fanden am vergangenen Donnerstag nachmittags statt, in Gegenwart des französischen Handelsministers Pica und dem deutschen Geschäftsträger Dr. Wagner. Weitere Zusammenkünfte folgten, und am Sonnabend hatte man sich gegenseitig so weit ausgesprochen, daß die Einsetzung der drei Unterkommissionen für Elektrizität, Textil und chemische Industrie durchgeführt wurde und man sich nun gegenseitig über die genaue Umgrenzung und Bestimmung der Verhandlungsbereiche einigen konnte. Die Ausschüsse für einen guten Verlauf und erfolgreichen Abschluß der Pariser Wirtschaftsverhandlungen werden der V. G. W. von der deutschen Kommission als durchaus günstig bezeichnet. Wann die Deutschen nach Paris zurückkehren werden, ist noch nicht bestimmt. Vor den Wahlen zum Reichstag wird eine Vollziehung der beiden Delegationen nicht stattfinden, wohl aber dürfte die Unterkommissionen ohne Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen auch schon vorher miteinander in die gemeinsame Arbeit eintreten.

Internationale Konferenz für Verkehrsweisen.

London, 26. Mai. (W.B.) Reuter. Auf der Konferenz in Rom ist beschlossen worden, seitens des Völkerbundes für Ende des Jahres eine internationale Konferenz für das Verkehrsweisen einzuberufen, die die Aufgabe haben wird, eine ständige Organisation zu schaffen für das internationale Verkehrsweisen und die Freiheit des Verkehrs und des Gütertransportes zwischen den Mitgliebsstaaten zu sichern und damit die Wiederherstellung des Güterausstausches und die wirtschaftliche Genesung der Welt zu fördern.

Die polnische Gefahr in Oberschlesien.

wex. Wien, 21. Mai.

Ein Amerikaner, der im amtlichen Auftrage Oberschlesien und die von den Polen besetzten Gebiete bereist hat, macht Ihrem Vertreter folgende Mitteilungen:

„Es steht mir nicht zu, hinsichtlich der Abstimmung in Oberschlesien irgendeinen Wunsch zu äußern oder irgendeine Voraussetzungen zu machen; wer die in Frage kommenden Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, ist jedoch nicht darüber im Zweifel, daß es sich hierbei nicht nur um eine Angelegenheit zwischen Deutschland und Polen, sondern um eine solche von internationaler Bedeutung handelt. — Ich konnte die Wahrnehmung machen, daß überall dort, wo die Polen die Verwaltung übernahmen, zunächst im Eisenbahnbetrieb, die schwersten Hemmnisse auftraten und in weiterer Folge ein rapides Sinken der Arbeitsleistung, und zwar der qualitativen und der quantitativen, in allen öffentlichen und privaten Betrieben. Mangel an Können, aber auch Faulheit und Unpünktlichkeit sind die Ursachen. Für die dadurch betroffene Verwaltung ist das zweifelloso ein harter Schlag, immerhin aber eine interne Angelegenheit, die jedoch, soweit Oberschlesien in Betracht kommt, von internationaler Bedeutung ist, da es sich dabei auch um die Kohlenkrise handelt. Man hat vielfach gesagt, daß die Abstimmung in Oberschlesien hinsichtlich der Kohlenversorgung Deutschlands nichts ändern werde, als aus den oberschlesischen Gruben vor dem Kriege ohnehin bereits die angrenzenden Länder verlorat worden seien und die Kohlenverteilung aus den oberschlesischen Gruben, auch wenn die Abstimmung zugunsten der Polen ausfallen sollte, nach einem entsprechenden Schluß erfolgen werde. Diese Auffassung ist indessen grundfalsch. Gelangen die Polen in den Besitz Oberschlesiens, dann werden die deutschen Ingenieure und qualifizierten deutschen Gruben-

arbeiter entlassen werden oder, wenn man sie — was unwahrscheinlich ist — behält, soferne sie nicht selbst auswandern, nicht die nötige Autorität besitzen, um die Arbeit entsprechend zu leiten. Heute erreicht die Förderung in Oberschlesien, wenn nicht gar 90 Prozent der Vorkriegsförderung, unter polnischer Verwaltung würde sie nach den nunmehr gemachten Erfahrungen auf 40 Prozent sinken, der Störungen in der Wagnisstellung nicht zu gedenken. Eine solche Minderung der Leistungsfähigkeit der ober-schlesischen Gruben wäre aber nicht nur für die angrenzenden Länder von katastrophaler Bedeutung, sondern auch für uns Amerikaner, da wir dann mit einer weiteren erheblichen Steigerung der Kohlenpreise zu rechnen hätten."

Erhebung der Einkommenssteuer mittels Steuermarken.

Die im neuen Reichseinkommensteuergesetz vorgezeichnete Bestimmung des 10% Steuerabzugs durch den Arbeitgeber durch Einführen von Steuermarken ist bisher infolge der technischen Unmöglichkeit, sie sofort in Wirksamkeit treten zu lassen, nicht in Kraft getreten. Der Reichsfinanzminister wurde ermächtigt, das Inkrafttreten dieser Steuererhebungsform zu bestimmen. Nunmehr ergeht eine Veröffentlichung des Reichsfinanzministers, die ab 1. Juli die neue Erhebungsform einführt. Die Veröffentlichung enthält u. a. folgende Einzelheiten:

Für den Abzug an der Quelle kommen gemäß § 51 Eink-St. G. folgende Einkommen aus Arbeit in Betracht:
1. Gehälter, Besoldungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge und geldwerte Vorteile der in Dienststellen oder in privatem Dienste angestellten oder beschäftigten Personen (Arbeitslohn);
2. Wartenlohn, Wartengehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit.

Der Wert der Natural- und Sachbezüge ist vereinbärtlich mit dem Betrag anzunehmen, der sich aus den Lohnfortführungsverträgen ergibt. Jeder Arbeitnehmer hat sich für das Rechnungsjahr 1920 von der Gemeindebehörde seines Wohn- und Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich. Es kann von der Gemeindebehörde auf Antrag auch dem Arbeitgeber überlassen werden.

Der Arbeitgeber hat bei jeder Lohnzahlung 10 Prozent des Arbeitslohnes einzubehalten. Der zurückzubehaltende Betrag ist auf volle Mark nach unten abzurunden, wenn die Lohnzahlung für eine Woche oder einen längeren Zeitraum erfolgt, in allen anderen Fällen auf volle 10 Pfennige. Für den einkommensteuerrechtlichen Betrag hat der Arbeitgeber in unmittelbarem Verkehr auf die Lohnzahlung Steuermarken in entsprechender Höhe einzusetzen und diese durch Ausstellung des Datums zu bestätigen.

Wagt eine Steuerkarte des Arbeitnehmers nicht vor, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, Steuermarken in Höhe des einbehaltenen Betrages anzufordern, bis der Arbeitnehmer seine Steuerkarte vorlegt, und entsprechend zu entrichten. Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber auf Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn, den einbehaltenen Betrag und Wert der eingelieferten und entrichteten Steuermarken zu geben.

Die Steuermarken werden zunächst nur bei den Postanstalten zum Verkauf gestellt. Verlorene, unbrauchbar gewordene oder sonstige Steuermarken werden ersetzt.

Die in der Form der einbehaltenen Steuermarken entrichtete Einkommensteuer wird auf die endgültig an zahlende Einkommenssteuer anzurechnen. Diese Anrechnung erfolgt erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1920. Sie erfolgt nur dann früher, wenn der Arbeitnehmer eine besondere Aufforderung zur vorläufigen Zahlung der Einkommenssteuer erhalten hat. In diesem Fall kann er die in seiner Steuerkarte eingelebten Steuermarken mit gleichzeitiger Vorlage des Steuererhebungsformulärs an Zahlungsstatt hinreichen.

Auf Antrag des Arbeitgebers kann die Steuerbehörde anordnen, daß die Verwendung von Steuermarken unterscheidet. Der Vorzug der Verwendung wird dann durch den Arbeitgeber in bar oder durch Ueberweisung auf Postkonto, oder Kontokonto dem Finanzamt übermitteln.

Die Wahlvorbereitungen.

Die Deutsche liberale Volkspartei in Hessen.
Darmstadt, 24. Mai. Die Deutsche Volkspartei hielt in den letzten Tagen wieder eine Reihe trotz des herrlichen Wetters auf bequemer Versammlungen ab. Wd. Dr. Becker sprach in Neu-Isenburg und Sprengelingen (Kr. Offenbach). Abgeordn. Dingeldey hielt Vorträge in Wuhbach, Lauterbach und Grünberg. Fast überall traten Gegenredner auf, die offenbar

auf Grund einer einseitigen Färbung die Politik der Regierungsparteien zu verteidigen suchten. Sie wurden aber überall glatt abgefertigt. Interessant war in Sprengelingen die Mitteilung eines Arbeiters, daß anlässlich des Besuches am 13. März ein Wahlkampf gegen den Kandidaten Dr. Becker von Offenbach aus ergangen war. Die Nervosität im Lager der Koalition scheint sehr groß zu sein.

Deutschnationaler und Demokratischer Partei.

München, 26. Mai. (Priv.-Tel.) Die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) veranstaltete gestern im Hofbräuhauslokale eine Wahlenversammlung, der ein voller Erfolg beschieden war. Der große Raum war überfüllt. Zu Beginn kam der Vorsitzende, Universitätsprofessor Dr. Otto, auf die Erklärung des Parteivorstandes der Deutschdemokratischen Partei in Bayern zu sprechen und wies den Vorschlag der politischen Vereinigung, der gegen den Kandidaten Staatsrat v. Braun erhoben worden sei, unter dem Vorbehalt der Verarmung energisch zurück. Das bedeute eine Fehdeaufgabe durch die demokratische Partei. Die Kandidatur, diesen Handschlag aufzunehmen, sind neuen harten Beifall.

Dann sprach der gemeinsame Kandidat der bayerischen Mittelpartei und Deutschen Volkspartei, Staatsrat v. Braun, der zunächst sein politisches Glaubensbekenntnis umschrieb und versprach, nur das Beste zu wollen für das Vaterland, wobei er auch davon Mitteilung machte, daß ihm die Realisationserwartung bedeutet habe, eine weitere auch absehbare unpolitische Tätigkeit eines Mannes von der politischen Gesinnung des Redners sei unerwünscht. Er habe dies als eine Erleichterung empfunden. Der Redner stellte dann drei Forderungen auf, deren Erfüllung für Deutschland notwendig sei: eine starke, mutige Regierung, Aufklärung des Volkes über unsere Lage und die Möglichkeit zur Abhilfe und schließlich eine zielbewusste und konsequente Politik. In seinen weiteren Darlegungen teilte der Redner mit, daß Erzbischof Kasper trotz des einseitigen Widerspruches der bayerischen Kommunisten die Auslieferung der deutschen Handelsflotte unterschrieben habe, nach einem Versuch, die Kommission zu überreden, mit den Worten: "In einer halben Stunde mich unterschrieben sein!"

Die letzten Trauben.

Wd. Dr. Stresemann kam in seiner großen Rede in Stuttgart auch auf die heuchlerische Entwertung der Demokratie zu sprechen, daß die Deutsche Volkspartei Geißel von industriellen Parteifreunden zu ihrem Wahlfonds entgegennimmt. Er antwortet darauf:

"Daß wir Mittel aus den Kreisen von Industrie und Gewerbe bekommen, leugnen wir nicht. Wir können diese Mittel auch besser vertieren als gewisse Summen, die von bestimmter Seite an die Parteifreunde gehen. Wir sind ferner auch nicht in der schlechten Lage, eine Kontrolle für heimtückliche zu haben. (Schrei, Heil!) Wenn man Gelder aller Steuerzahler gebraucht für eine Parteikoalition, das ist die Aufschwung einer Wehrheitspolitik, die das Recht der Wähler nicht anerkennt. Die Deutsche Demokratische Partei lehnt doch ab zu weichen, aus denen wir schöpfen. Die gleichen Industriegruppen, von denen wir nehmen, haben der Deutschen Demokratischen Partei gegeben, und diese hat sich nicht geschämt, es zu nehmen!"

Wieselti stehen die industriellen Wahlkreise sehr für die Demokratische Partei etwas geringer. Deshalb der Reich!

Weitere Aussprüche aus der Demokratischen Partei.

Stuttgart, 25. Mai. Der bekannte Theologieprofessor Scheel ist von der Demokratischen Partei zur Deutschen Volkspartei übergegangen und hat eine Kandidatur zum Landtag für den Wahlkreis Neulingen angenommen. Scheel ist auch in die Landesliste der Volkspartei für den Landtag aufgenommen worden.

Kerzte und Krankenkassen.

Die Gefahr fürs besetzte Gebiet.
m. Adm., 26. Mai. (Priv.-Tel.) Zu dem Konflikt zwischen Krankenkassen und Kerzten haben die Abg. Meerfeld und Sollmann folgendes Telegramm an den Reichsarbeitsminister Schlichte gerichtet: "Vertragloser Zustand zwischen Krankenkassen und Kerzten hat für das besetzte Gebiet besondere Gefahren, da unzureichende Behandlung der Kranken von den Befugungsbehörden als Gefährdung der Sicherheit ausgelegt und zu feindseligen Maßnahmen führen könnte. Ersuchen dringend sofort Verhandlungen einzuleiten, ehe Befugungsbehörde eingreift."

Deutsches Reich.

Reichstagung des Deutschen Wertmeßerverbandes.
TBD, Gießen, 25. Mai. An den Plenarsitzungen hielt Herr der Deutsche Wertmeßerverband seine Reichstagung ab. Der Verbandsvorsitzende Leonhardt betonte in seinem einleitenden Vor-

trage die Notwendigkeit der Mitarbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau. Im weiteren Verlauf kritisierte er die Inaktivität des württembergischen Wertmeßerverbandes und die Inaktivität des württembergischen Wertmeßerverbandes und die Inaktivität des württembergischen Wertmeßerverbandes.

Der Deutsche Wertmeßerverband, Sitz Düsseldorf, steht auf dem Boden der Reichsverfassung und sieht in der Erhaltung der in der Verfassung festgesetzten sozialen Rechte und Pflichten eine staatsbürgerliche Pflichterfüllung. Der Abgeordnetentag erkennt zur Sicherung und Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Verbandsmitglieder die Verbandsarbeit an, die sich im Rahmen der freigewerkschaftlichen Grundzüge vollzieht. In diesem Sinne wird der Deutsche Wertmeßerverband in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände mitarbeiten, seinen ganzen Einfluß auf die reichs- und einseitigen Arbeitsgemeinschaften und Vermittlungsform zur Schaffung einer deutschen Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen suchen. Der Abgeordnetentag verlangt jedoch von den Verbandsmitgliedern die grundsätzliche Beachtung der parteipolitischen und religiösen Neutralität, sowie die Wahrung der eigenartigen wirtschaftlichen Stellung der Wertmeister als Arbeitnehmer, ferner der Angehörigen-Interessen im Rahmen eines einseitigen Arbeitsrechts. Die Wertmeister fordern eine ausreichende Vertretung innerhalb des organischen Aufbaues einer neuen Wirtschaftsordnung. In der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erblickt der Abgeordnetentag während der Übergangszeit, trotz der Interessensgegenstände zwischen Kapital und Arbeit, die Grundlage für eine Gesundung des Wirtschaftslebens, solange die Arbeitnehmer von den Arbeitgebern als selbständig anerkannt werden.

Ingenieur Wolff-Düsseldorf sprach in sehr interessanten Ausführungen über Wertmeister und Betriebswissenschaft. Die Vorträge auf Verlegung des Verbandsbüros von Düsseldorf nach Berlin wurden mit allen gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag der Vereine Donau und Rhein soll das Geschäftsgebiet des Verbandes auf Auzemburg und die abgetrennten Gebiete ausgedehnt werden.

Nach längeren Erörterungen über das Streikrecht wurden der Vorstand und der Sozialer Ausschuss beauftragt, das Streikrecht nach den gegebenen Richtlinien auszuarbeiten. Für jede Gruppe des Verbandes soll ein Beamter als Gewerkschaftssekretär angestellt werden.

Als nächster Tagungsort wurde Coblenz bestimmt.

Zum Verkauf der Rheinischen Volkszeitung.

m. Adm., 26. Mai. (Priv.-Tel.) Zu dem Verkauf der "Rhein. Volkszeitg." erklärt nunmehr das neugegründete Blatt der Christlichen Volkspartei, "Rheinischer Herald", dessen leitender Redakteur Dr. Jocherl früher dem Redaktionsstab der "Rhein. Volkszeitg." angehörte, die Blättermeldungen vom Verkauf des Blattes an die Eisen- und Metallindustrie in Köln (s. Rhein. Volkszeitg. vom 25. Mai) zu bestätigen. Der Name Wolff sei ein Sammelname, hinter dem sich alles und nichts denken läßt. Wir glauben daher diesen Namen unseren Lesern etwas farbenbelebender bieten zu müssen, indem wir darauf hinweisen, daß Wolff im Erzberger-Prozess als besonderr Schlingling Erzbergers eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat.

Eine falsche Behauptung des "Vorwärts".

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt: Unter Bezugnahme auf ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei, in dem die Arbeiter vor fremdständigen Aufwieglern gewarnt werden, heißt der "Vorwärts" die Frage, ob u. a. der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, seine eine fremdständigen Frau von diesem Flugblatt Kenntnis habe. Der "Vorwärts" stellt in diesem Zusammenhang eine unzutreffende Behauptung auf. Die Gemahlin des Wd. Dr. Stresemann ist keineswegs "fremdständig", sondern entstammt einer christlich-deutschen Familie.

Baden.

Vorauszahlung für die neuen Dienstbezüge.

Die neuen Dienstbezüge teilt die "Korrespondenz" mit. Mit Zustimmung des Landtages werden den planmäßigen (normativen) und den außerplanmäßigen (nicht normativen) Beamten und Beamtinnen, sowie den volkswirtschaftlich vertriebsmäßig angestellten Bediensteten auf die ihnen nach der neuen Besoldungsordnung zustehenden Aufbesserung ihrer Dienstbezüge ein vorläufiger in 3 Viertelbeträgen zu zahlender Vorschuß im Betrage ihres Friedenslohnes gewährt. Unter Friedenslohn versteht man das jährliche Dienstlohn, ohne Zulagenbezüge. Der erste Teilbetrag, der das Viertel vom 1. April bis 1. Juli 1920 umfaßt, soll bei den planmäßigen Beamten mindestens 200, bei den außerplanmäßigen Beamten und vertriebsmäßig angestellten Bediensteten mindestens 1000 Mark betragen. Dieser erste Teilbetrag wird sofort, je ein weiterer Betrag, jedoch ohne einen Vorschuß, auf 1. Juli und 1. Oktober 1920 ausbezahlt, soweit dies beim den neuen Bezügen der Beamten usw. nicht entgegensteht.

Der blonde Schopf und seine Freier

Roman von Agnes Harder.
23) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Eine Tasse wurde ein wenig unfaßlich hingeseht. Auf den Lippen des alten Fräuleins von Ramboß schwand ein Seufzer der Erleichterung. Ein Saulus, der ein Paulus geworden war, hatte, der beim Umschwung des Glücks gefügig die Bestimmung wechselte und zum erstverdiensten Anbeter des anien regime wurde. Herr Hoffmann als Reaktionär, eine Farce, über die man später lachen konnte, die noch manche Stunde vergolden würde. Aber für Theba über dem allen eine Schranke, und wenn sie hundertmal von Gold wäre, die Karin Behrend trennte von dem hochmütigen Mann, der sich selbst einen absterbenden Zweig am alten feudalen Stamme genannt hatte. Einer Grille konnte ein solcher Mann immer fähig sein. Hatte nicht neulich ein Herzog in London die Tochter eines Volkswirtschaftlers geheiratet? Um den Weg zu Karin Behrend finden, mußte man moderner denken als Joachim von Ramboß.

Während man mit allseitigem Genuß, der freilich sehr verschiedenen Gründen entsprang, den stark duftenden Kaffee trank, wurde Herr Hoffmann, Dorfschullehrer aus Groß-Ramboß, immer konservativer, und weder Tante noch Nichte wunderten sich, als er zum Schluß erklärte, das kleine Kapitel, das Frau Behrend als goldenes Heftpfoster auf die offene Wunde seines Herzens gelegt hatte, in der Provinzial-Hauptstadt, in der die Ramboß bis vor kurzem gelebt hatten, in Ruhe verzehren wollen, und seine Dienste durch Herrn Rittergutsbesitzer Schades Vermittlung dem konservativen Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen. Es würde immerhin möglich sein, daß er dort eine Stelle als Sekretär bekäme, und was könnte es wohl Segensreichereres geben für die letzten Jahre der Aktivität eines Mannes, der im Dienst des Staates aufginge, als die Tätigkeit für die Erhaltung alles Bestehenden!

Neuntes Kapitel.

Frau Peters fand ihre Herrin ganz zusammengekauert in einem Winkel ihres Schlafzimmers sitzend. Da hatte sie sich verkrüppelt wie ein krankes Tier. Gold und verfallene sah sie aus, und die armen Hände lagen gefaltet über dem Magen.

"Ist es wieder dich, gnädige Frau? Ich habe es mir all immer gedacht in diesen Tagen, wenn das Essen so gar nicht schmecken wollte. In dem, was herauskommt, merkt man es so nicht, denn das Fräulein Karin ist für mich. Und

wenn gnädige Frau nun nicht zum Professor gehen, dann geht ich selbst hin und klage ihm was vor. Es hat doch schon damals angefangen, nach dem Tod vom alten Herrn. Aber gnädige Frau sind wie ein Kind, das zum Zahnarzt soll."

So schloß und polterte die Alte, während ihre Augen voll Angst und Liebe über die gekrümmte Gestalt glitten, und sie ihr eine warme Decke hoch über den Magen zog.

"Es mag ja schon viel früher an, Frau Peters. Aber ich wollte meinem Mann nichts sagen, wo der so ängstlich mit mir war. Und dann später wurde es ja besser. In diesem Winter freilich habe ich viel ausgehalten, aber..."

"Aber ich habe nichts sagen wollen", zankte Frau Peters, "damit nur ja das Vergnügen von Fräulein Karin nicht gekürzt würde. Doch Gott erbarm! Als ob die sich in ihrem Vergnügen dadurch führen ließe, daß eine andere Schmerzen hat!"

Die alte Frau lächelte in ihren Schmerzen.
"Du hast keine Kinder gehabt, Peters. Du verstehst die Jugend nicht. Wenn sie an nichts denkt, das ist gerade ihr Glück. Und wenn du meinst, ich habe auch keine Kinder gehabt, das tut nichts. Jetzt habe ich eins."

Aber am nächsten Vormittag fuhr sie doch allein aus. Sie sagte Karin, sie wolle auf den Friedhof, draußen in Weßelsee. Und dann gab sie dem Kaiser die Adresse des berühmten Professors, der ihren Mann behandelt hatte.

Sie brauchte gar nicht zu warten. Der Professor ließ sie gleich herein bitten, obgleich genug Patienten dasagen, mit dem müden, nervösen, gespannten Gesichtern der Leidenden. Als er ihren Namen gelesen, da hatte sich der berühmte Mann mit der Hand leicht an die Stirn geschlagen. Die arme reiche Frau hatte er wirklich ganz vergessen. Das Sterbelager ihres Mannes aber war ihm im Gedächtnis geblieben. Herr Behrend war hingegangen als einer der wenigen, die es wert sind bei Bewußtsein zu sterben. Ein Frieden und eine Arbeit lag auf seinen letzten Tagen, trotz aller körperlichen Leiden, als ginge hier ein Spinoza dahin. Und der Professor, bei dem das Menschliche so wenig Zeit hatte, hatte sich doch vorgenommen, sich in den nächsten Wochen einmal nach der Witwe umzusehen, von der er nicht wußte, ob ihre eigentümliche Gesichtsfarbe von den Aufregungen dieser Zeit oder von einem innerlichen Leiden herrühre. Er sah nur, wie die Augen des Sterbenden, die sich so gern in eine lichte Ferne richten wollten, an der Erde gehalten wurden durch dieses kümmerliche, kleine Fräulein, das so hilflos und verzweifelt an seinem Bogenkartete. Aber dann war sie für den vielbeschäftigten Arzt das Leben gekommen, die überquellende Fülle des Vertrauens, und hatte die Erinnerung hinzugenommen. Nur als er die hohe Rechnung schrieb und ihren Empfang quittierte,

dachte er noch einmal an sie, aber schon viel flüchtiger, unwesentlicher.

Nun saß sie vor ihm, glücklich über die Bevorzugung, schon halb geborgen in der Freundlichkeit, mit der er ihre Hand festhielt, daß es sie schmerzte. Nun konnte sie ihm alles sagen, wie lange schon diese eigentümlichen Schmerzen kämen, wie sie dann wieder verschwanden, daß sie glaubte, sie wäre ganz gesund, aber wie es jetzt schlimmer als je sei.

"Und dabei habe ich mir ein Töchterchen adoptiert, Herr Professor, so ein blühendes, junges Ding. Das soll leben und nicht an ein Krankenlager gefesselt sein. Darum müssen Sie mich gesund machen."

Da ja, er hätte sie gern gesund gemacht, der berühmte Mann, dem die großen Operationen gelangen, zu denen ihn die Nachthaber und die Gewaltigen des Geldes riefen, wenn sie sich fürchteten vor etwas, das gewaltiger war, als sie selbst! Aber als er den weißen Körper unterjucht hatte, da antwortete er doch lieber vom Waschlisch aus, während er sich sorgfältig die gepflegten Hände trocknete. Denn auch harmlose Augen können lebend werden in großer Furcht oder großer Liebe. Wozu sie quälte? Zu einer Operation, die wirklich helfen konnte, war es zu spät. Wachte sie noch weiter leben, wie leicht das Jahr, oder vielleicht auch nur das halbe Jahr, bis die Bekwerden so groß wurden, daß eine Operation wenn nicht Hilfe, so doch Linderung verspräche, für kurze Zeit noch. Er wandte sich ihr zu und gab ihr die Hand.

"Nicht den Mut verlieren, Kopf oben! Ich werde Ihnen Diät verordnen und ein paar Stärkungsmittel. Rein, sehen Sie mich nicht so an, es ist nichts Schlimmes. Vielleicht, daß wir doch operieren, wenn Sie von Ihrer Sommerreise zurückkommen. Denn natürlich kummere ich mich nun um Sie, schon Ihres Mannes wegen, dem ich dies wahrlich schuldig bin. Und das Adoptiertkinderchen komme ich mir auch mal ansehen. Es ist nur fatal, daß der Wunsch sich mit vierundzwanzig Stunden einzurichten hat, und daß der Körper sich das Schlafen gar nicht abgewöhnen will. Man muß sehen, das Beste daraus zu machen."

Er nickte ihr noch einmal zu und ließ ihr gar nicht Zeit, sich über die gescheiterte Operation auszupfeifen, die doch vielleicht in einem halben Jahr nötig sein würde. Die Schwester öffnete ihr die andere Tür, so daß sie gar nicht wieder an all den gespannten, aufgeregten Gesichtern der Wartenden vorbeizugehen brauchte. Sie sah dann in ihrem Wagen und fuhr durch den Vorfrühling nach ihrem Hause. Geleichter atmete sie auf und triumphierend erzählte sie Frau Peters von ihrem Besuch. Karin sagte sie nichts.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Ein Angestellten- und Beamtenheim

Man mag auch in unserer Stadt, aus Mitteln der beteiligten Kreise...

Mannheimer Mufferschuh E. V.

Bei der Generalversammlung erläuterte nach einem in-...

Übertragen wurde dem Vorstand der Bauinspektion 1...

Ernannt wurden praktischer Arzt Dr. med. Kurt Walther...

Bestellt wurden Antonian Obermann Dr. Eduard...

Rückfälle. Die Evang. Kirchenregierung hat die erfolgte...

Mannheimer Seniorensenior. Der Sitz des Vorstandes des...

Die Besinn der Kirchenszene an der Bergstraße. Einer der...

Die Anbauer von Flachs und Hanf ergeben folgende an-

besten Beschaffenheit zu begeben. Zur Befriedigung dieser An-

besten Beschaffenheit zu begeben. Zur Befriedigung dieser An-

Dereinsnachrichten.

C. Wiederkehr. Wenn der Frühling über die Berge steigt, regt sich...

Kommunales.

Karlsruhe, 25. Mai. Der Stadtrat hat beschloffen, dem...

Billlagen.

Billagen, 25. Mai. Nachdem es schon seit langen Monaten...

Frankfurt.

Frankfurt, 22. Mai. Die Stadterordnetenversammlung hatte...

Aus dem Lande.

Tr. Ladensberg, 18. Mai. Nachdem die Ortsgruppe des Volks-

Heidelberg.

Heidelberg, 20. Mai. Ammende ist auch hier ein Tarif-

ch. Wallstadt, 24. Mai. Der Erbs aus den hiesigen...

ch. Großscholheim, 20. Mai. Der Sohn des Max Bannert...

Waghäusel bei Bruchsal, 26. Mai. In der vergangenen...

Tarlar, 20. Mai. In der Nähe der Station Sigen bei...

Karlsruhe, 22. Mai. In einer Versammlung des...

Heersburg, 25. Mai. Wegen der großen Brautpaarheit...

Sportliche Rundschau.

Radspport. Rheinische Radfahrer. Am Freitagmorgen kam die...

Radrennen auf der Berliner Olympiabahn. Auch der 2...

Fußball. Über die Fingerringe des Freiburger Fußballklub nach...

Fußball-Vanderweltkampf Schweiz-Deutschland. Das auf...

Das nationale Vokalturnier zu Leipzig, das der hiesige...

Wetternachrichtendienst

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Beobachtungen vom Mittwoch, den 26. Mai 1920, 6 Uhr morgens (MEZ).

Table with columns: Ort, Luftdruck in NN, Temp., Wind, Niederschlag, etc.

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7^{er} morgens)

Table with columns: Ort, Luftdruck in NN, Temp., Wind, etc.

Allgemeiner Witterungsbericht. Bei südlichen Winden, meist heiter, stand gestern die Tempe-

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Einkommensteuer 1920.

Eine Aufklärung über die Veranlagung und Steuerzahlung.

Größe Unklarheit herrscht in den weitesten Kreisen, insbesondere aber in der Handelswelt über die Veranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer. Es seien daher hierzu folgende grundlegende Aufklärungen gemacht.

Das Reichseinkommensteuergesetz ist datiert vom 29. März und am 14. April in Kraft getreten. Dann kommt dazu ein kleines Gesetz vom 31. März, sog. Durchführungs-gesetz, in dem dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung erteilt wird, anzuordnen, daß und inwieweit bis zum Empfang des vorläufigen Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1920 die Einkommensteuer vorläufig weiterzuzahlen ist, die nach der letzten landesrechtlichen Veranlagung zugunsten der Länder und Gemeinden zu entrichten war oder wäre. Dieses Ermächtigungsgesetz ist sofort (4. April) in Kraft getreten. (veröffentlicht in Nr. 70 Reichsanzeiger.)

Der Rechtszustand war somit folgender: Das Reichseinkommensteuergesetz ist zwar in Kraft getreten, da man aber für das Rechnungsjahr 1920 nicht durchkommt, rasch die Veranlagungen nach dem Gesetz zu machen, hat man das Jahr 1920 zu einem Übergangsjahr gemacht. Der Reichsfinanzminister hat dann am 20. April eine neue Verord-nung erlassen, die lautet:

1. Bis zum Empfang des vorläufigen Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1920 gemäß § 58 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes haben die Steuerpflichtigen, denen eine schriftliche Mitteilung darüber zugeht, auf die Reichseinkommensteuer vorläufig den Jahresbetrag der Einkommensteuer zu zahlen, der nach der letzten landesrecht-lichen Veranlagung zugunsten der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) auf Grund der für die Zeit bis zum 1. April 1920 maßgebenden Vorschriften von ihnen zu entrichten war oder wäre. Gegen die Mitteilung ist das Be-schwerdeverfahren gegeben;

2. die näheren Bestimmungen zur Durchführung der unter Nr. 1 getroffenen Anordnung erlassen die Landes-finanzenräter; sie bestimmen insbesondere, in welchen Zah-lungszeiträumen die Steuer zu entrichten ist.

Wie wird veranlagt?

Zu unterscheiden ist darnach zwischen der endgültigen und der vorläufigen Veranlagung. Die endgültige Veranlagung erfolgt nach Ablauf des Kalenderjahrs 1920, und zwar nach dem Einkommen, das der Steuerpflichtige in diesem Kalenderjahr oder in dem davon abweichenden Wirtschaftsjahr, dessen Ende in das Kalenderjahr fällt, bezogen hat. Bis zur endgültigen Veranlagung ist vorläufig jene Einkommensteuer zu entrichten, die sich nach den Vor-schriften der Paragraphen 19 bis 21 des Reichseinkommen-steuergesetzes für das bei der letzten landesrechtlichen Veranlagung zur Staats- und Gemeindefiskus festgestellte Ein-kommen berechnet. Die genannten Paragraphen enthalten die Bestimmungen über den Steuerfuß und über die steuerfreien Einkommensteile, d. h. die Freilassung des sogenannten Existenzminimums.

Was ist im Voraus vorläufig zu zahlen?

Zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebs und um zu er-reichen, daß möglichst bald Geld in die Kassen der Länder und Gemeinden kommt, denen ja bekanntlich ein großer Teil der Reichseinkommensteuer zufließt, bestimmt die oben abgedruckte Verordnung vom 20. April, daß bis zum Empfang des vorläufigen Steuerbescheides die Steuerpflichtigen, denen eine schriftliche Mitteilung darüber zugeht, auf die Reichseinkommensteuer vorläufig den Jahresbetrag der Ein-kommensteuer zu zahlen, der nach der letzten landesrecht-lichen Veranlagung zugunsten der Länder und Gemeinden auf Grund der bis zum 1. April 1920 maßgebenden Vorschriften von ihnen zu entrichten war oder wäre. Die Ausführungsvor-schriften erläutern dann diese Bestimmung dahin, daß Steuer-pflichtige, für welche sich die vorläufig zu entrichtende Ein-kommensteuer nach den Sätzen des Reichstarifs unter Berück-sichtigung der Bestimmungen über das Existenzminimum höher als die bisherige Staats- und Gemeindefiskussteuer be-rechnet, diese höhere Steuer, alle übrigen Pflichtigen dagegen die bisherige Staats- und Gemeindefiskussteuer vor-läufig zu entrichten haben.

Man hat somit bei der vorläufigen Einkommensteuer-veranlagung für 1920 zu unterscheiden zwischen solchen Steuerpflichtigen, die nach dem Tarif des Reichseinkommen-steuergesetzes veranlagt werden, von dem Einkommen, das bei der landesrechtlichen Veranlagung für 1919 festgesetzt worden ist, und solchen, die einfach die gleiche Staats- und Gemeindefiskussteuer wie im Vorjahr zuzüglich der Ein-kommensteuer der Gemeindeverbände und der für die Zeit vor dem 1. April 1920 nach Maßgabe der letzten landesrechtlichen Veranlagung von den Ländern, Gemeinden und Gemeindever-bänden nachträglich beschlossenen Zuschläge (fünftes und sechstes Quartal u. d. d. d.) zu zahlen haben.

Die Feststellung, welche Steuerpflichtige die vorläufige Einkommensteuer nach dem Reichstarif zu entrichten haben, erfolgt durch die Finanzämter in der Weise, daß sie für jede Gemeinde die ungefähre Einkommensgrenze ermitteln, von der an sich für die Einkommen nach dem Reichstarif eine höhere Steuer als die bisherige berechnet, wobei natürlich der nach dem Reichseinkommensteuergesetz steuerfreie Einkommensteil zu berücksichtigen ist. Dabei soll von den Finanz-ämtern ohne Kleinlichkeit verfahren werden und soll genügen, wenn dem dargelegten Grundsatz möglichst Rechnung getragen wird.

Die nach dem Reichstarif zu veranlagenden Steuer-pflichtigen, (in der Praxis diejenigen mit höherem Einkommen) erhalten einen sogenannten vorläufigen Steuerfestsetzungs-bescheid, der neben der zu zahlenden Steuersumme und dem steuerbaren Einkommen auch die Mitteilung über den steuer-freien Einkommensteil enthält, die ändern nur ein ein-faches Anforderungsschreiben, das unter An-führung der bisherigen Staats- und Gemeindefiskussteuer nur den Steuertrag enthält. Beide Arten von Benach-richtigungen schließen sich in der Regel gegenseitig aus, so daß also derjenige, der das Anforderungsschreiben erhält, einen vorläufigen Steuerbescheid nicht mehr zu erwarten hat. Steuer-pflichtige mit Einkommen aus Arbeit, wozu Gehälter, Besol-dungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen usw. sowie Pen-sionen aller Art gehören, erhalten einen vorläufigen Steuer-festsetzungsbescheid oder ein Anforderungsschreiben überhaupt nicht, wenn die von ihnen zu zahlende vorläufige Einkommen-steuer den Betrag von zehn v. H. des derzeitigen Arbeitsein-kommens nicht übersteigt. Die Verrechnung der von ihnen durch den zehnprozentigen Abzug gezahlten Steuer findet erst nach der endgültigen Veranlagung für 1920, also im Jahr 1921, statt.

Die nähere Bestimmung darüber, von wann an jeder Ar-beitgeber mit dem Abzug der zehn v. H. vom Arbeitslohn zu be-ginnen hat, ist nunmehr ergangen. Die Einzelheiten hieüber sind in der heutigen Ausgabe (pol. Teil) veröffentlicht, worauf hiermit verwiesen sei.

Zu beachten ist noch, daß als Steuerpflichtige im Sinne vor-erwähnter Anordnungen lediglich natürliche Personen in Betracht kommen, da das Reichseinkommensteuergesetz sich nur auf solche Personen bezieht. Juristische Personen werden nach dem Körperschaftsteuergesetz veranlagt.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 26. Mai. (Draht.) Am Devisen- und Notenmarkt setzte sich die Abwärtsbewegung in verstärkter Maße fort und gab zu weiterer Verstimmung Anlaß. Die Rückwärtsbewegung am Markt der Auslands-werte führte in den meisten Fällen unter dem gestrigen Schlußstand der Abendbörse. Durch das weitere Steigen der Mark fehlte die Kaufkraft und somit kam es, daß die Börse auf allen Gebieten flau einsetzte. Deutsch-Übersee unterlag einem starken Kursdruck und verlor über 100%. Schantungbahn gaben 18% nach. Erheblicher waren die Schwankungen in Kolonialpapieren. Otaviminen setzten mit 80 ein (minus 160.00) do. Genußscheine 410 (minus 90.00). Deutsche Kolonialanteile schwach. Deutsche Petroleum bis 557 gehandelt, dann bis 568 erholt. Matt lagen wieder 5 prozentige Gold-mexikaner, 280, minus 19%; 5 prozentige Silbermexikaner 210, minus 20%. Später trat wieder etwas Erholung in diesen Pa-pieren ein. Die Minuszeichen überwogen auf dem Montan-aktienmarkt, deren Kursverlusten 7-15% betragen, bei Phoenix Bergbau sogar 25%. Auch in elektrischen Werten zeigten Rückgänge: so bei Felten u. Guilleaume, minus 10%; A. E. G. verloren 15%. Schuckert 9%. Recht still lagen chemische Werte, bei denen Kursrückgänge überwogen. Nordd. Lloyd bei geringen Umsätzen 1%, Hapag 4% niedriger. Weitere Kurs-einbußen stellten sich bei Adlerwerke Kleyer ein; minus 11%. Daimler Motoren minus 6%. Benz ca. 186 G. Am Kassamarkt für Industriepapiere war die Haltung matt. Kalkalien zeigten schwache Haltung. Die Börse schloß erholt. Privatiskont 4% und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 26. Mai. (Draht.) Gleich zu Beginn des heutigen Börsenverkehrs waren die Devisen erheblich niedriger angeboten. Automatisch mit deren Rückgängen wichen die Aktienkurse beträchtlich, insbesondere Valutawerte. Deutsche Kolonialanteile verloren 1700, Otavi 115, Siamans 300, Neuguinea 55, Schantungbahn 25, Deutsch-Übersee-Elektrische 110%. Türkenlose büßten 61 ein. Bei anderen Aktienarten waren die Verluste nicht ganz so beträchtlich. Einzelne Werte waren aber doch wesentlich in Mitleiden-schaft gezogen. Insbesondere verfielen heute auch Schiff-fahrtsaktien stärker. Argo waren 33, Deutsch-Australische 9 und Nordd. Lloyd 9% niedriger. Am Montanaktienmarkt überstieg der Verlust bei Bismarckhütte 20%. Von Elek-trizitätsaktien waren A. E. G. mehr als 20, Siemens u. Halske 14

Prozent gedrückt. Bei Farbwerten schwankten die Rückgänge zwischen 10 und 30%. Von Kalkalien waren Westerges 40 niedriger. Nicht durchweg erlangte die Börse im späteren Ver-laufe ihre Widerstandsfähigkeit. Am Anlagemarkt konnten sich deutsche Anleihen nicht durchweg behaupten; öster-reichische und ungarische lagen ungleichmäßig. Mexikaner gaben nach.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 26. Mai. (Draht.) Am Produktenmarkt machte das Aufhören der Haferkäufe seitens der Reichsgetreidestelle und infolge der Besserung der deut-schen Valuta eingetretene Möglichkeit, ausländische Ware ver-liefert zu beziehen, in einem verstärkten preisrückenden An-gebot des Inlandes sich bemerkbar. Im Zusammenhange hiermit flaute die Haltung für Hülsenfrüchte ab, die kaum ver-käuflich waren. Pferdebohnen erwieben sich noch als über-liegend widerstandsfähig; dagegen gaben Peluschnen und beson-ders Wicken nach. Linsen, Straubfelle, Haü und Stroh fanden wenig Beachtung. Hafer-Notierungen: loco ab Bahn 3350-3180, spätere Lieferungen 3160-3080. Tendenz: Weichend.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 26. Mai. Die Börse war geschäftlos. Auf allen Gebieten stellten sich die Kurse niedriger. Pfälz. Hypo-thekenbank 100 B., Anilin 410 G., Westerges 625 G., Brauer'scher Aktien 100 B., Benz 186 B., Zellstoffabrik Waldhof 200 G., und Zuckerfabrik Waghäusel 350 G.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Mark steigt!

Die wirtschaftliche Tagesfrage, um die sich immer noch alles dreht, ist die Entwicklung der Valuta. Die Abwärtsbewegung zu dem Tiefstand vom 27. Januar ist noch in frischer Gedächtnis; weniger jedoch wird die in der letzten Zeit erfol-gende Besserung beobachtet. Auch heute wird wiederum eine außerordentliche und beachtliche Steigerung gemeldet, die die feste Stimmung für die Mark anhält, sich vergrößert. Wir verweisen diesbezüglich auf unsere Devisenberichte.

Das Interesse für die Mark.

Christiania, 26. Mai. (Draht.) Auf dem Valutamarkt konzentrierte sich fast das gesamte Interesse auf die deutsche Mark, deren Kurs schnell aufwärts stieg. Die heutige Notierung stellte sich auf 145. Es fanden aber Umsätze bis zu 15.30 und bei Schluß der Börse wurde zu 15.25 verkauft. Von einzelnen Bankinstituten wurden viele Millionen umge-setzt. Unter diesen Verhältnissen war das Interesse für andere Valutasorten nur gering. Englische Pfund und amerikanische Dollar waren wenig verändert.

oe. Spruchkommissionen für Auslandsschäden. Zur Ent-genehmung und Vorprüfung der Anträge über im Ausland er-littenen Schäden können in Baden Zweigstellen des Bundes der Inlandsdeutschen benützt werden. Für die deutschen Weib-er Männer aus der Schweiz, die an der Rückkehr dahin gehindert sind, kommt auch der Beirat der Reichsfürsorgestelle in Singen a. H. in Betracht. In Baden sind drei Spruchkom-missionen eingerichtet worden und zwar in Karlsruhe, Mannheim und in Singen a. H. Die Leitung liegt in den Händen des Ministerialdirektors a. D. Duffner in Karlsruhe.

Der Preisrückgang am Kupfermarkt. Der Kupferpreis seit etwa März einen allmählichen Abbau erlebt, der unter sei-neren Preisen geführt hat, die heute den Stand des Vorjahres vor dem starken Rückgang der Valuta beginnend, im November erreicht und überholt hat. Die letzten Preisnotierungen für graubraunen Kupfer bewegen sich um 15%, für Raffinadkupfer um 12. Die Senkung der Preise erfolgte teilweise sogar rascher als die Valutabesserung. Auch am Weltaupfermarkt erfolgte ein wesent-licher Preisrückgang, so stand Kupfer in London auf etwa £ 87 1/2 ein Preis, der niedriger als der Preis im Mai v. J. ist.

Rückgang der Schiffsfrachten. In Hamburger Schiffsfrach-ten rechnet man mit einem Rückgang der Schiffsfrachten infolge der bisherigen Knappheit an Tonnage, sowie der hohen Heuerlöhne, Materialkosten usw. hatten die Schiffsfrachten eine enorme Höhe erreicht, die sich nur infolge des bisher sehr regen Handelsgeschäftes behaupten konnten. Durch die all-gemeine Geschäftsstauung, die sich nicht nur auf Deutschland beschränkt, ist hierin seit kurzem ein Umschwung eingetreten, insbesondere haben natürlich infolge der Zurück-haltung der ausländischen Käufer die sehr umfangreichen Ver-ladungen aus Deutschland eine fühlbare Abnahme erfahren. Für Deutschland, das zu seiner Lebensmittel- und Rohstoff-versorgung ganz auf die Benützung fremden Schiffsraumes an-gewiesen ist, ist die Ermäßigung der Schiffsfracht wieder ein Vorteil, da dadurch ein erheblicher Verteuerungsfaktor fort-fallen, was aus dem Ausland bezogen werden mußte, in Form-fall kommt.

Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.	
1) Inländische	102.10
2) Anleihe v. 1913/14	102.10
3) Reichsanleihe v. 1913/14	102.10
4) Deutsche Reichsanleihe	102.10
5) do. v. 1913/14	102.10
6) do. v. 1914/15	102.10
7) do. v. 1915/16	102.10
8) do. v. 1916/17	102.10
9) do. v. 1917/18	102.10
10) do. v. 1918/19	102.10
11) do. v. 1919/20	102.10
12) do. v. 1920/21	102.10
13) do. v. 1921/22	102.10
14) do. v. 1922/23	102.10
15) do. v. 1923/24	102.10
16) do. v. 1924/25	102.10
17) do. v. 1925/26	102.10
18) do. v. 1926/27	102.10
19) do. v. 1927/28	102.10
20) do. v. 1928/29	102.10
21) do. v. 1929/30	102.10
22) do. v. 1930/31	102.10
23) do. v. 1931/32	102.10
24) do. v. 1932/33	102.10
25) do. v. 1933/34	102.10
26) do. v. 1934/35	102.10
27) do. v. 1935/36	102.10
28) do. v. 1936/37	102.10
29) do. v. 1937/38	102.10
30) do. v. 1938/39	102.10
31) do. v. 1939/40	102.10
32) do. v. 1940/41	102.10
33) do. v. 1941/42	102.10
34) do. v. 1942/43	102.10
35) do. v. 1943/44	102.10
36) do. v. 1944/45	102.10
37) do. v. 1945/46	102.10
38) do. v. 1946/47	102.10
39) do. v. 1947/48	102.10
40) do. v. 1948/49	102.10
41) do. v. 1949/50	102.10
42) do. v. 1950/51	102.10
43) do. v. 1951/52	102.10
44) do. v. 1952/53	102.10
45) do. v. 1953/54	102.10
46) do. v. 1954/55	102.10
47) do. v. 1955/56	102.10
48) do. v. 1956/57	102.10
49) do. v. 1957/58	102.10
50) do. v. 1958/59	102.10
51) do. v. 1959/60	102.10
52) do. v. 1960/61	102.10
53) do. v. 1961/62	102.10
54) do. v. 1962/63	102.10
55) do. v. 1963/64	102.10
56) do. v. 1964/65	102.10
57) do. v. 1965/66	102.10
58) do. v. 1966/67	102.10
59) do. v. 1967/68	102.10
60) do. v. 1968/69	102.10
61) do. v. 1969/70	102.10
62) do. v. 1970/71	102.10
63) do. v. 1971/72	102.10
64) do. v. 1972/73	102.10
65) do. v. 1973/74	102.10
66) do. v. 1974/75	102.10
67) do. v. 1975/76	102.10
68) do. v. 1976/77	102.10
69) do. v. 1977/78	102.10
70) do. v. 1978/79	102.10
71) do. v. 1979/80	102.10
72) do. v. 1980/81	102.10
73) do. v. 1981/82	102.10
74) do. v. 1982/83	102.10
75) do. v. 1983/84	102.10
76) do. v. 1984/85	102.10
77) do. v. 1985/86	102.10
78) do. v. 1986/87	102.10
79) do. v. 1987/88	102.10
80) do. v. 1988/89	102.10
81) do. v. 1989/90	102.10
82) do. v. 1990/91	102.10
83) do. v. 1991/92	102.10
84) do. v. 1992/93	102.10
85) do. v. 1993/94	102.10
86) do. v. 1994/95	102.10
87) do. v. 1995/96	102.10
88) do. v. 1996/97	102.10
89) do. v. 1997/98	102.10
90) do. v. 1998/99	102.10
91) do. v. 1999/00	102.10
92) do. v. 2000/01	102.10
93) do. v. 2001/02	102.10
94) do. v. 2002/03	102.10
95) do. v. 2003/04	102.10
96) do. v. 2004/05	102.10
97) do. v. 2005/06	102.10
98) do. v. 2006/07	102.10
99) do. v. 2007/08	102.10
100) do. v. 2008/09	102.10

Berliner Börse.

Festverzinsliche Werte.	
1) Inländische	102.10
2) Anleihe v. 1913/14	102.10
3) Reichsanleihe v. 1913/14	102.10
4) Deutsche Reichsanleihe	102.10
5) do. v. 1913/14	102.10
6) do. v. 1914/15	102.10
7) do. v. 1915/16	102.10
8) do. v. 1916/17	102.10
9) do. v. 1917/18	102.10
10) do. v. 1918/19	102.10
11) do. v. 1919/20	102.10
12) do. v. 1920/21	102.10
13) do. v. 1921/22	102.10
14) do. v. 1922/23	102.10
15) do. v. 1923/24	102.10
16) do. v. 1924/25	102.10
17) do. v. 1925/26	102.10
18) do. v. 1926/27	102.10
19) do. v. 1927/28	102.10
20) do. v. 1928/29	102.10
21) do. v. 1929/30	102.10
22) do. v. 1930/31	102.10
23) do. v. 1931/32	102.10
24) do. v. 1932/33	102.10
25) do. v. 1933/34	102.10
26) do. v. 1934/35	102.10
27) do. v. 1935/36	102.10
28) do. v. 1936/37	102.10
29) do. v. 1937/38	102.10
30) do. v. 1938/39	102.10
31) do. v. 1939/40	102.10
32) do. v. 1940/41	102.10
33) do. v. 1941/42	102.10
34) do. v. 1942/43	102.10
35) do. v. 1943/44	102.10
36) do. v. 1944/45	102.10
37) do. v. 1945/46	102.10
38) do. v. 1946/47	102.10
39) do. v. 1947/48	102.10
40) do. v. 1948/49	102.10
41) do. v. 1949/50	102.10
42) do. v. 1950/51	102.10
43) do. v. 1951/52	102.10
44) do. v. 1952/53	102.10
45) do. v. 1953/54	102.10
46) do. v. 1954/55	102.10
47) do. v. 1955/56	102.10
48) do. v. 1956/57	102.10
49) do. v. 1957/58	102.10
50) do. v. 1958/59	102.10
51) do. v. 1959/60	102.10
52) do. v. 1960/61	102.10
53) do. v. 1961/62	102.10
54) do. v. 1962/63	102.10
55) do. v. 1963/64	102.10
56) do. v. 1964/65	102.10
57) do. v. 1965/66	102.10
58) do. v. 1966/67	102.10
59) do. v. 1967/68	102.10
60) do. v. 1968/69	102.10
61) do. v. 1969/70	102.10
62) do. v. 1970/71	102.10
63) do. v. 1971/72	102.10
64) do. v. 1972/73	102.10
65) do. v. 1973/74	102.10
66) do. v. 1974/75	102.10
67) do. v. 1975/76	102.10
68) do. v. 1976/77	102.10
69) do. v. 1977/78	102.10
70) do. v. 1978/79	102.10
71) do. v. 1979/80	102.10
72) do. v. 1980/81	102.10
73) do. v. 1981/82	102.10
74) do. v. 1982/83	102.10
75) do. v. 1983/84	102.10
76) do. v. 1984/85	102.10
77) do. v. 1985/86	102.10
78) do. v. 1986/87	102.10
79) do. v. 1987/88	102.10
80) do. v. 1988/89	102.10
81) do. v. 1989/90	102.10
82) do. v. 1990/91	102.10
83) do. v. 1991/92	102.10
84) do. v. 1992/93	102.10
85) do. v. 1993/94	102.10
86) do. v. 1994/95	102.10
87) do. v. 1995/96	102.10
88) do. v. 1996/97	102.10
89) do. v. 1997/98	102.10
90) do. v. 1998/99	102.10
91) do. v. 1999/00	102.10
92) do. v. 2000/01	102.10
93) do. v. 2001/02	102.10
94) do. v. 2002/03	102.10
95) do. v. 2003/04	102.10
96) do. v. 2004/05	102.10
97) do. v. 2005/06	102.10
98) do. v. 2006/07	

Öffentliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Professor Dr. August Benndorf-Stiftung. N 2, 4, III. Was der obigen Stiftung ist am 24. Juli d. J. die Summe von Mk. 120.— zur Unterstü-

Sindliche Verbrauchssteuern.

Die vom Stadtrat am 25. September 1919 mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 2. März 1920 erlassene

Verbrauchssteuerordnung

ist durch Erlass des Ministeriums des Innern vom 17. April 1920 No. 31097 in nachstehender Fassung staatlich genehmigt worden.

Der Verbrauch von Bier, Wein und Schaumwein innerhalb der Gemarkung Mannheim unterliegt der städtischen Verbrauchssteuer.

Die Verbrauchssteuer von Bier beträgt 66 Pfg. für das Hektoliter.

Steuerpflichtig ist, wer Bier für seine Rechnung herstellt, herstellen läßt oder einführt. Die Steuer vom hier gebrauten Bier wird aufgrund der Auszüge aus dem Register über die Reichsbiersteuer festgesetzt und von der Stadtkasse erhoben.

vorzulegen und dort zu versteuern. Die Einfuhrmengen müssen mit einem Begleitschreiben versehen sein, das den Namen des Versenders und Empfängers, des Impellers, den Einheitswert jedes Gefäßes, den Tag der Abfuhr und der Einfuhr zu enthalten hat.

Für Bier, das gegen Entrichtung der Gemeindeverbrauchssteuer eingeführt worden ist, wird im Falle der Wiederausfuhr auf Verlangen die Steuer im vollen Betrag erstattet.

Die Verbrauchssteuer vom Wein wird als Zuschlag zu der durch das Gesetz vom 26. Juli 1918 eingeführten Reichsweinsteuer erhoben und beträgt 1/2, der in § 1 bezeichneten Sätze, vorerst jedoch nicht über 2,18 Pfg. für den Liter oder die Flasche.

Die Weinverbrauchssteuer ist zu entrichten: a) für die von auswärtigen Herstellern oder Händlern an hiesige Verbraucher gelieferten Mengen durch den Verbraucher oder den Einbringer, welche beide jama-

b) für die von Mannheimer Herstellern oder Händlern an hiesige Verbraucher gelieferten Mengen, sowie die von Wirten und Kleinverkäufern abgegebenen Mengen zusammen mit der Reichsweinsteuer in dem für diese vorgeschriebenen Verfahren vom Reichssteuerpflichtigen bei der Reichs-

steuerstelle. Der Steuerpflichtige hat der Anmeldung zur Reichssteuer, die für die Festsetzung der Verbrauchssteuer nötigen Angaben beizufügen.

c) Sollen die unter b) genannten Angaben in der Anmeldung bei der Reichssteuer, so wird die Verbrauchssteuer aus der ganzen zur Reichssteuer angemeldeten Weinmenge berechnet und beim Pflichtigen angefordert, der sie binnen dreier Tage unter Vorlage des Forderungszettels nach seiner Wahl bei der Stadtkasse oder einer der Erhebungsstellen zu entrichten hat.

d) In den Fällen einer Versteuerung oder Anmeldung bei einer Reichssteuerstelle sind die Steuerpflichtigen verpflichtet, die zur Nachprüfung oder Ergänzung ihrer Angaben erforderlichen Auskünfte auch den städtischen Erhebungs- und Aufsichtsbeamten zu geben und denselben alle darauf bezüglichen Bücher und Schriftstücke zur Einsicht vorzulegen.

Die Verbrauchssteuer vom Schaumwein wird als Zuschlag zu der durch Gesetz vom 9. Mai 1902, 15. Juli 1909 in der Fassung vom 26. Juli 1918 eingeführten Reichssteuer vom Schaumwein erhoben und beträgt 1/2, der in § 2 Absatz 1 bezeichneten Sätze, vorerst jedoch nicht über 2,18 Pfg. für den Liter oder die Flasche.

Die Schaumweinverbrauchssteuer ist von den Herstellern oder Händlern im Zeitpunkt der Weitergabe an hiesige Verbraucher bei der

Stadtkasse oder den städtischen Erhebungsstellen zu entrichten aufgrund einer vom Pflichtigen auszufüllenden Anmeldung, die den Namen des Herstellers oder Händlers, des Verbrauchers, den Tag der Abgabe, die Zahl der Flaschen und die Art des Schaumweines zu enthalten hat.

Der Stadtrat hat die weiteren Vollzugsvorschriften zu erlassen; er kann mit einzelnen Beteiligten eine abweichende Festsetzung der Entrichtung und Kontrolle der Steuer, sowie der Rückvergütung vereinbaren.

Wer die Entrichtung von Verbrauchssteuern unterläßt, oder sich eine Rückvergütung der Verbrauchssteuer verschafft, welche überhaupt nicht oder in einem geringeren Betrage zu beanspruchen war, verfällt — abgesehen von der Pflicht zur Nachzahlung bzw. Rückzahlung — in eine Geldstrafe, welche dem vierfachen Betrag der geschuldeten Abgabe bzw. der zur Ungeduld empfangenen Rückvergütung gleichkommt.

Wer den zur Ueberwachung und Sicherung der Abgabentrichtung erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird von einer Geldstrafe bis zu 10 M. betroffen.

Auch der Versuch, die Beihilfe und Begünstigung sind strafbar.

Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Zahlung der Verbrauchssteuern, über die Befreiung von denselben und über das Recht auf Rückvergütung entscheiden die Verwaltungsgerichte.

Mannheim, den 20. Mai 1920. Bürgermeisteramt.

Wer wandert mit? Bitte Juni oder später Rentier Odenwald Spennart, K&S, Wartburg! Zufchriften u. X. W. 71 an die Geschäftsst. 2510

Rosol ist das wirksamste u. beste Mittel gegen Wanzen samt 4097 Brut.

Zu haben in den Drogerien Flaschenzüge von 250-5000 kg Tragkraft 5103

Handkabelwinden von 1-3 in Tragkraft

Zahnstangenwinden von 3-6 in Tragkraft

Elektroflaschenzüge in verschiedenen Stärken, ab Lager lieferbar

Dipl.-Ing. Theodor Grass, Ousseldorf, Kapellstr. 3. Fernsprecher 14097.

Handels-Hochschule Mannheim.

Nach den Pfingstferien werden noch folgende Vorlesungen u. Übungen aufgenommen:

Table with columns: Zeit nachm., Dozent, Thema, Gebäude, Saal. Monday, May 31, 1920: 3-4 Mayr, Boden- und Kommunalrecht, A 4, 1; 6-8 Mayr, Genossenschaftliches Seminar, A 1, 2. Tuesday, June 1: 3-4 Mayr, Genossenschaft der Verbraucher, A 4, 1; 6-8 Mayr, Einführung in die Maschinenlehre, A 4, 1; 5-7 Erdel, Arbeitsrechtliche Übungen, A 1, 2.

Anmeldungen für die vorstehend genannten Vorlesungen und Übungen werden im Sekretariat entgegen genommen.

Die Vorlesung des Herrn Prof. Dr. Schott 'Einführung in die Statistik' findet statt Mittwoch, den 2. Juni bereits Montag, den 31. Mai, 5-6 nachm., statt.

Manaboten, den 26. Mai 1920.

Der Rektor: Professor Dr. V. Pöschl.

Dresdner Bank Filiale MANNHEIM P 2, 2, Planken. Geschäftsstellen in: 536 Heidelberg und Ludwigshafen a. Rh. Aktienkapital u. Reserven Mk. 340 000 000 Besorgung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

Edinger Aktien-Brauerei vormals Gräflich v. Oberndorff'sche Brauerei in Edingen.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 24. April 1920 hat die Erhöhung des Aktienkapitals um 550 000.— Mark auf 11 000 000 Mark beschlossen.

Die neuen Aktien sind von der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. Filiale Heidelberg in Heidelberg mit der Verpflichtung übernommen worden, sie den alten Aktionären zum Bezuge anzubieten.

Wir fordern hiermit die Aktionäre auf, das Bezugsrecht auf die neuen Aktien unter folgenden Bedingungen auszuüben: Die Anmeldung muß bei Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom 20. Mai bis 10. Juli 1920 einschließlich bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. Filiale Heidelberg in Heidelberg

unter Einreichung eines mit zahlenmäßig geordneten Nummernverzeichnis versehenen Anmeldescheins, der bei der Bezugsstelle in Empfang genommen werden kann, erfolgen.

Auf je eine ohne Gewinnanteilschein-Bogen einzureichende alte Aktie zu M. 1000.— wird eine neue Aktie mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1920 zum Preise von 110% gewährt. Bei dem Bezuge ist der Preis in bar mit 1100.— Mark für jede Aktie ohne Stückzinsenberechnung zu zahlen. Der Schlussnotenstempel geht zu Lasten der Gesellschaft.

Die Zahlung des Kaufpreises wird auf dem Anmeldeschein bescheinigt. Gegen dessen Rückgabe werden die neuen Aktien nach Fertigstellung ausgehändigt. Die alten Aktien werden mit einem Bezugsvermerk versehen.

Edingen, den 10. Mai 1920. Edinger Aktien-Brauerei vormals Gräflich v. Oberndorff'sche Brauerei in Edingen.

Brenntorf, Brennholz Kahladungen und Streckenversand liefert große Posten preiswert 5606 Heinrich Eggerts Tort- und Brennholzgroßhandlung Bremen, Georgstraße 44 Fernsprecher: Hansa 3381 und 3060.

Wer seine Adresse an den Postwechsel Frankfurt a. M., Süd 61, Postfach 19 einlandet erhält kostenlos einen Interessenten zugewandt. Gebiete Dame und Herr die Adressen, es freut niemand. 636

Metzger-Obermeister Koch-Heidelberg Reichstags-Kandidat der Deutschen (liberalen) Volkspartei spricht am Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr in der „Harmonie“, D 2, 6 über: Das Handwerk in der Deutschen (liberalen) Volkspartei Alle auf liberalem und nationalem Boden stehende Handwerker mit ihren Frauen sind herzlich eingeladen. Deutsche (liberale) Volkspartei.

Süddeutsche Weinzentrale und Verbandsgenossenschaft deutscher Gastwirte E. G. m. b. H. Gegründet v. bad. u. württemberg. Gastwirteverband Freiburg-Stuttgart-Ulm a. D. B 6, 5 Mannheim B 6, 5 liefert

Weiß- u. Rotweine in Fass und Flaschen. Ueber 4000 Mitglieder. — Eigene Mitglieder-Bank- und Sparkasse. — Eigene Druckerei. — Eigene Genossenschaftszeitung. — Bisher 6% Dividende. 3% Umsatz-Rabatt. Fernspr. Mannheim: 5364. Drahtadr.: Weinzentrale. Tüchtige Vertreter gesucht!

Dampfkrane Normalspur, 2000 kg Tragfähigkeit 7 m Ausladung, ab Lager lieferbar Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff Mannheim Telefon 7410-15 Telegr.-Adr.: Mohrfabrik 5100

Gefunden Einbathen Weißputz französis. Geld weißer Marmor hart vorr. bei 100g geg. Bergit. bei Einrückungsböhr N 4, 7, post. 7854

Wunderbare Erfolge. — Hunderte Dankschreiben. Einmalige Kur. Chron. Leiden. Herzkrankheiten: Herzvergrößerung, Herzhitz, Herzneurose, Stenose, Wechsellagen: Bluthrombosen, Infarkt, Angina pectoris, Leber, Galle, Nieren- u. Blasenkrankheiten, Haut- u. Hornleiden: Hautausschlag, freibornige Röttheit, harte Schuppenbildung, trockene u. nasse Flecken, Bartflechte, tuberkulöse Geschwüre, Bienenstichwunden, Geschwürstranstranheiten, Brandverletzungen. Kopf- u. Ohrenleiden behandelt mit best. Erfolg bei nur 2, 1 Lichtheil-Anstalt Königs am C. 2, 7 Telefon 4328. Mannheim. Hainl. Postfach 124. Damenbedieng. b. Arzt. gepr. Waisenz. Gedruckt v. 9-12 u. nachm. von 7-8 Uhr. Sonntags v. 9-1 Uhr. Aufst. u. Fröhp. grat. u. franco.

Wir bieten an, solange Vorrat, ein Posten gestrickte Sommer-Damen-Sport-Jacketts in allen Farben, sowie Mädchen-Jacketts zum Preise von 285 Mk. u. 300 Mk. p. Stück. Da dieselben sehr günstig sind, versäume niemand diese billige Kauf-Gelegenhait. Man beachte bitte das Schaufenster. 6496 Hugo Knobloch & Co. Telefon 7330 Q 4, 19

Kodie mit Luft! Brate ohne Fett! in SANOGRES Ausstellung und Vorführung M 4, 7 Bülow-Pianos neue, erstklassige Instrumente in Aufbaum-Isorung poliert, Gabelst. liefert sehr preiswert. Fr. Siering Mannheim, C 7, 6 Kragen-Wäscherei Schorpp liefert in 6 Tagen Stärke-Wäsche Annahmestellen: N 8, 17 im U. 1, 3 G 8, 10 Kropfinspektoren 45. Städtisch Lindenthal Einwohnernstr. 24 Neckarstr. 54. Mittelstr. 54.